

Antrag

der Abgeordneten Dr. R. Werner Schuster, Dr. Ingomar Hauchler, Brigitte Adler, Ingrid Becker-Inglau, Hans Gottfried Bernrath, Rudolf Bindig, Dr. Ulrich Böhme (Unna), Freimut Duve, Dr. Uwe Holtz, Dr. Klaus Kübler, Christoph Matschie, Dieter Schanz, Günter Schluckebier, Dr. Peter Struck, Hans-Günther Toetemeyer, Hans Wallow, Verena Wohlleben, Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD

Dauerhafte Zielerreichung (Nachhaltigkeit) in der Entwicklungszusammenarbeit

Die dauerhafte Zielerreichung (Nachhaltigkeit) von Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) ist Gegenstand verschiedener Untersuchungen und Veröffentlichungen sowie fachspezifischer und öffentlicher Diskussion geworden.

Dabei liegen die Fragestellungen zugrunde, ob eine Effizienz hinsichtlich der eingesetzten knappen Mittel, eine größtmögliche Realisierung der angestrebten Entwicklungsziele und eine optimale Nachhaltigkeit nach Beendigung der Projekte erreicht wird. Nachhaltigkeit muß sich einfügen in eine Entwicklungsstrategie, welche eine auf Dauer tragfähige, wirtschaftlich produktive, sozial gerechte, umweltverträgliche und menschenwürdige Entwicklung zum Ziel hat.

Verschiedene Untersuchungen legen den Schluß nahe, daß bei einem nicht unerheblichen Teil der Maßnahmen bundesdeutscher Entwicklungszusammenarbeit sowohl die angestrebten Ziele wie auch die erwünschte Nachhaltigkeit nur teilweise erreicht, z. T. sogar völlig verfehlt werden.

Nachhaltigkeit ist dann gegeben, wenn nach Auslaufen der entwicklungspolitischen Leistungen und nach Abzug von ausländischen Expertinnen und Experten ein positives Weiterwirken von Projekten, Programmen und Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit gewährleistet ist.

Zwei Gutachten der Treuhandarbeit zu aktuellen entwicklungspolitischen Fragen [Optimierung der Vorfeldorganisationen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) u. a.] belegen grundsätzlich den Optimierungsbedarf und die Managementdefizite in der deutschen Entwicklungspolitik.

Als wichtigste Defizite werden genannt:

- Projekte, die in ihrer technischen und/oder finanziellen Komplexität die einheimischen Partner überfordern, und die nach Abzug der europäischen Experten scheitern;
- Projekte, deren entwicklungspolitische Wirksamkeit und Nachhaltigkeit durch interne Strukturen in den Entwicklungsländern (z. B. korrupte Eliten) beeinträchtigt bzw. verhindert werden;
- fehlende oder nicht ausreichende Kooperation und Koordination der unterschiedlichen Träger der Entwicklungszusammenarbeit vor Ort;
- mangelnde Abstimmung und Koordination zwischen der bilateralen und der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit;
- das Fehlen von strategischen Länder- bzw. Regionalkonzepten;
- das Fehlen einer systematischen Nachhaltigkeitsüberprüfung.

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag unterstreicht, daß die Sicherung größtmöglicher Effizienz und Nachhaltigkeit ein wesentliches Ziel der bundesdeutschen Entwicklungszusammenarbeit ist.
2. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, zum Thema Effizienz und Nachhaltigkeit in der Entwicklungspolitik ein strategisches Gesamtkonzept vorzulegen, aus welchem ersichtlich wird,
 - wie die Bundesregierung den notwendigen Politikdialog mit den Entwicklungsländern personell und organisatorisch sicherstellen will;
 - wie die Bundesregierung sicherstellen will, daß sich entwicklungspolitische Maßnahmen in sinnvolle Eigenanstrengungen und die spezifischen Bedürfnisse der Entwicklungsländer einfügen;
 - auf welche Länder/Regionen sich die bundesdeutsche EZ in den nächsten Jahren schwerpunktmäßig konzentrieren soll;
 - in welcher Form die Bundesregierung die notwendigen bilateralen strategischen Regional/Länderkonzepte mit den übrigen EG-Mitgliedern verbindlich abstimmen wird;
 - in welcher Form die Bundesregierung eine inhaltliche Koordination und Kooperation der wichtigsten staatlichen deutschen Organisationen der EZ (KfW, GTZ, DEG, DED) mit ihren spezifischen Problemen bereits im Stadium der Projektdefinition vorab in Deutschland sicherstellt;
 - in welcher Form die länderspezifischen Erfahrungen der deutschen nichtstaatlichen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit (Kirchen, politische Stiftungen und NRO) nutzbar gemacht und in die Koordination eingebracht werden können;
 - wie diese Koordination und Kooperation im Partnerland, d. h. vor Ort, unter Einbeziehung geeigneter Träger effektiver gestaltet werden kann;

- wie eine systematische, trägerübergreifende Nachhaltigkeitsabschätzung gesichert werden kann.

Bonn, den 4. Februar 1993

Dr. R. Werner Schuster
Dr. Ingomar Hauchler
Brigitte Adler
Ingrid Becker-Inglau
Hans Gottfried Bernrath
Rudolf Bindig
Dr. Ulrich Böhme (Unna)
Freimut Duve
Dr. Uwe Holtz

Dr. Klaus Kübler
Christoph Matschie
Dieter Schanz
Günter Schluckebier
Dr. Peter Struck
Hans-Günther Toetemeyer
Hans Wallow
Verena Wohlleben
Hans-Ulrich Klose und Fraktion

